



1 **AGENDA FÜR DEN POLITIKWECHSEL**

2 **Ampel-Schaden beseitigen,** 3 **raus aus der politischen Dunkelflaute**

4

5 Deutschland ist das Land der Chancen und der Freiheit, des Optimismus und der
6 Organisation, des Wirtschaftswunders und des Wohlstandsversprechens. Das Land
7 der Fleißigen und Leistungsbereiten, der Ingenieure und Erfinder, der Dichter und
8 Denker. Das Land von Qualität und Präzision, von Sicherheit und Ordnung. All diese
9 Prädikate gehören zur DNA unseres Landes, aber sie sind in den letzten drei Jahren
10 untergraben worden von einer Ampel-Politik, die von Respekt gesprochen, aber
11 Respektlosigkeit umgesetzt, die Ideologie über Vernunft, Streit über den Kompromiss
12 und das Verhindern über das Gelingen gestellt hat. Die Ampel hat kein politisches
13 Problem gelöst, sondern die meisten Probleme sogar verschlimmert. Am Ende von
14 drei Jahren Ampel ist Deutschland schwächer, weniger sicher und weniger
15 wettbewerbsfähig als vorher.

16

17 Deutschland braucht den Politikwechsel. Einen Politikwechsel, der Deutschlands
18 Potenziale entfesselt, der eine Renaissance von Wirtschaftswachstum, Sicherheit und
19 Zusammenhalt einläutet. Wir wollen dem Land geben, was das Land jetzt braucht: eine
20 Politik, die Arbeitsplätze schützt, die Leistung belohnt, die die Menschen entlastet, die
21 Energie dauerhaft bezahlbar und klimafreundlich hält, die unsere Grenzen schützt und
22 illegale Migration stoppt, die unsere Bundeswehr in die Verteidigungsbereitschaft
23 versetzt, die sie angesichts der russischen Aggression haben muss. Kurz: eine Politik,
24 die sich mit den Menschen und den Herausforderungen des Landes beschäftigt und
25 nicht mit sich selbst.

26

27 Zu einem Politikwechsel in Deutschland gehört auch ein Stilwechsel in der Regierung
28 und der Regierungsarbeit. Zentrale Kennzeichen der Ampel-Politik waren Dauerstreit,
29 Ineffizienz und Ignoranz. Die Ampel war nicht in der Lage, ihre Politik an veränderte
30 Rahmenbedingungen anzupassen und Streitigkeiten zeitnah und nachhaltig
31 beizulegen. Wir wollen auch das ändern und die Prozesse in der Koalitionsarbeit in
32 der kommenden Wahlperiode grundlegend neu aufstellen hin zu Effizienz, Einigkeit,
33 und Erfolg.

34 2025 ist das Jahr der Bundestagswahl. Es muss auch das Jahr des Politikwechsels
35 und des Aufbruchs werden. Das geht nur mit der Union. Das geht nur mit der CSU.
36 Wer Chancen schaffen, Wachstum stärken und Wohlstand erhalten will, der muss den
37 Politikwechsel wählen. Und das heißt: CDU und CSU wählen! CDU und CSU sind der
38 Garant für den Politikwechsel in Deutschland. Mit unserem Comeback-Plan für die
39 Wirtschaft, dem Fokus auf Sicherheit und der Bereitschaft, Regierungsverantwortung
40 zu übernehmen. Es ist Zeit, dass sich was ändert!

ENTWURF

41 **AMPEL-SCHADEN BESEITIGEN, NEUE CHANCEN SCHAFFEN**
42 **20 PUNKTE FÜR DEN POLITIKWECHSEL**

43

44 **Den Ampel-Schaden beseitigen**

45 **10 Ideologien der Ampel, die wir wieder abschaffen wollen**

46

47 1. Wir werden Habecks **Heizungsverbotsgesetz** abschaffen, weil es die Bürger in
48 ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bedroht.

49 2. Wir werden den gleichzeitigen **Ausstieg aus allen grundlastfähigen**
50 **Energieträgern** beenden, weil das Deutschland in die Dunkelflaute und
51 Unternehmen aus unserem Land treibt.

52 3. Wir werden das „**Bürgergeld**“ abschaffen, weil diejenigen, die arbeiten, mehr
53 haben müssen als diejenigen, die nicht arbeiten.

54 4. Wir werden die **Ampel-Expresseinbürgerung** und die **doppelte**
55 **Staatsbürgerschaft** als Regelfall abschaffen, weil das die falschen Anreize setzt.

56 5. Wir werden die **Belastung der Bauern** beim Agrardiesel rückgängig machen, weil
57 diese Belastung die Existenz von tausenden Bauern bedroht.

58 6. Wir werden **Belastung der Gastronomen** durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer
59 rückgängig machen, weil dadurch viele Betriebe in ihrer Existenz gefährdet werden.

60 7. Wir werden die **Cannabis-Legalisierung** rückgängig machen, weil damit die
61 Gesundheit insbesondere von Jugendlichen gefährdet und Kriminalität befördert
62 wird.

63 8. Wir werden das **Selbstbestimmungsgesetz** abschaffen, weil es Jugendschutz
64 nicht gewährleistet und das Erziehungsrecht der Eltern dadurch untergraben wird.

65 9. Wir werden den **Polizeibeauftragten des Bundes** abschaffen, weil er unsere
66 Polizistinnen und Polizisten unter Generalverdacht stellt.

67 10. Wir werden das **Ampel-Wahlrecht** abschaffen, weil Abgeordnete, die in ihrem
68 Wahlkreis direkt gewählt sind, auch in den Bundestag einziehen müssen.

69 **Deutschlands Potenzial entfesseln**

70 **10 bürgerliche Chancen-Projekte, die wir umsetzen werden**

71

72 1. Wir werden **Leistung und Fleiß belohnen**, indem Überstundenzuschläge
73 steuerfrei gestellt werden und Rentner bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei
74 hinzuverdienen können.

75 2. Wir werden **Wachstum anreizen und Arbeitsplätze schützen**, indem wir die
76 Unternehmensteuer auf 25 Prozent senken, die Stromsteuer dauerhaft und für alle
77 auf das europäische Minimum begrenzen und die Netzentgelte mindestens
78 halbieren.

79 3. Wir werden die **illegale Migration stoppen**, indem wir konsequente
80 Zurückweisungen an der Grenze vornehmen und ein Drittstaatenmodell umsetzen.

81 4. Wir werden **Gefährder und Straftäter ausweisen**. Wer hier Schutz sucht und ein
82 Verbrechen begeht oder vorsätzlich mehrfach straffällig wird, muss unser Land
83 verlassen. Das gleiche gilt für Gefährder oder für diejenigen, die die Begehung
84 schwerer Straftaten ankündigen oder billigen oder die für die Errichtung einer nicht
85 freiheitlichen und nicht demokratischen Staatsform werben.

86 5. Wir werden **Familien deutlich entlasten**, indem Kinderfreibetrag und Kindergeld
87 angehoben werden.

88 6. Wir werden eine **vierte Renten-Säule einführen**, indem der Staat für jedes Kind
89 vom 6. bis zum 18. Lebensjahr pro Monat 10 Euro in ein individuelles,
90 kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot
91 einzahlt.

92 7. Wir werden eine **E-Auto-Prämie einführen**, die insbesondere den Transportweg
93 vom Montagewerk zum Verkaufsort sowie den Herstellungsort der Batterie
94 berücksichtigt.

95 8. Wir werden **bezahlbare, saubere und sichere Energieversorgung**
96 **gewährleisten**, indem wir die Kosten für energetische Sanierungen von der
97 Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig machen und keinen Energieträger
98 ideologisch von der Stromerzeugung ausschließen, auch nicht die Kernenergie.

99 9. Wir werden den **Kauf der eigenen vier Wände unterstützen**, indem wir beim
100 erstmaligen Kauf einer selbstgenutzten Immobilie einen Freibetrag bei der
101 Grunderwerbsteuer einführen.

102 10. Wir werden eine **nachhaltige Finanzierung der Bundeswehr** sicherstellen, indem
103 wir dauerhaft mindestens zwei Prozent des BIP in die Sicherheit unseres Landes
104 investieren und uns perspektivisch auf drei Prozent zubewegen.

105 **UNSER COMEBACK-PLAN**
106 **FÜR WOHLSTAND UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM**
107

- 108 • **Leistung wieder belohnen.** Die Ampel hat Anreize für mehr Sozialleistungen
109 gesetzt, wir setzen wieder Anreize für mehr Leistung. Leistung wird sich wieder
110 lohnen. Deshalb wollen wir Überstundenzuschläge steuerfrei stellen und Rentnern
111 die Möglichkeit geben, bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei dazuzuverdienen.
112
- 113 • **Unternehmen entlasten.** Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit hat massiv unter
114 der Ampel gelitten. Aktuell stehen wir im internationalen Wettbewerbsranking nur
115 noch auf Platz 24, in drei Jahren Ampel sind wir allein um neun Plätze abgerutscht.
116 Wir wollen Deutschlands Wirtschaft wieder an die Spitze führen. Dazu wollen wir
117 die Unternehmensteuern auf 25 Prozent senken. Außerdem wollen wir die
118 Möglichkeiten zur Verlustverrechnung deutlich ausweiten: Unternehmen sollen
119 Verluste aus den Vorjahren im laufenden Jahr in vollem Umfang verrechnen
120 können. Das schafft Freiraum für Investitionen in unseren Standort.
121
- 122 • **Bürgergeld abschaffen.** Sozial ist, was Arbeit belohnt. Die Ampel hat das
123 Gegenteil gemacht und damit eine zutiefst sozial ungerechte Politik betrieben. Das
124 „Bürgergeld“ war einer der größten wirtschaftspolitischen Fehler der jüngeren
125 Geschichte. Die SPD wollte damit die Agenda 2010 rückabwickeln und hat damit
126 auch die Erfolge der Agenda 2010 rückgängig gemacht. Wir wollen zum Prinzip
127 „Fördern und Fordern“ zurückkehren und den Vermittlungsvorrang wieder
128 einführen. Wenn jemand sich beharrlich weigert, Arbeit anzunehmen, muss ihm die
129 Sozialleistung komplett gestrichen werden können.
130
- 131 • **E-Auto-Prämie einführen.** Die Automobilindustrie und ihre Zulieferunternehmen
132 sind eine unserer deutschen Leitindustrien. Die Ampel hat mit ihrer ideologischen
133 Politik und dem abrupten Stopp der Förderung von E-Autos dieser Leitindustrie
134 schweren Schaden zugefügt und Millionen von Arbeitsplätzen gefährdet. Wir
135 wollen diese verheerende Entwicklung so schnell es geht umkehren. Dazu braucht
136 es jetzt rasches Handeln und wirksame Impulse. Wir wollen deshalb mit einer E-
137 Auto-Prämie den Kauf von vorrangig in Deutschland produzierten E-Autos
138 fördern. Dazu berücksichtigen wir bei der Förderung insbesondere den
139 Transportweg vom Montagewerk zum Verkaufsort sowie den Herstellungsort der
140 Batterie. Wir wollen mit unserer E-Auto-Prämie die Leasinggebühren im Monat um
141 100 Euro senken. Die maximale Fördersumme soll 3.600 Euro betragen.

- 142 • **Verbrenner-Technologie erhalten.** Wir stellen uns gegen den ideologischen
143 Feldzug der Grünen gegen den Verbrennungsmotor und lehnen ein pauschales
144 Verbrenner-Verbot ab 2035 ab. Stattdessen wollen wir die deutsche
145 Spitzentechnologie in Verbindung mit CO₂-freien Kraftstoffen klimafreundlich
146 weiterentwickeln und mit einem wirkungsvollen Technologiemix zusammen mit
147 Elektro- und Wasserstoffantrieben klimafreundliche Mobilität der Zukunft
148 ermöglichen. Dafür wollen wir die Beimischung von biogenen und synthetischen
149 Kraftstoffen zu Benzin und Diesel weiter steigern. Auf europäischer Ebene müssen
150 die Flottengrenzwerte überprüft und Strafzahlungen verhindert werden.
151
- 152 • **Klimaschutz wachstumsfreundlich ausgestalten.** Wir wollen einen Klimaschutz,
153 der zu Aufschwung und nicht zu Abwanderung führt. Eine Politik, die dazu führt,
154 dass Produktion aus Deutschland abwandert und dass das CO₂ dann einfach
155 anderswo auf der Welt emittiert wird, ist in Wahrheit kein Klimaschutz, sondern
156 schlicht ein Deindustrialisierungs-Programm. Wir werden Klimaschutzmaßnahmen
157 zukünftig einem Arbeitsplatz-Check unterziehen. Künftig müssen
158 Klimaschutzmaßnahmen industrie- und arbeitsplatzfreundlich stattfinden. Dazu
159 gehört, dass wir den Irrweg des „grün produzierten“ Stahls beenden und
160 stattdessen auf CO₂-Abscheidung und -speicherung setzen.
161
- 162 • **Souveränität sicherstellen.** Wohlstand und Souveränität sind zwei Seiten
163 derselben Medaille. Wenn wir den Wohlstand unseres Landes erhalten wollen,
164 brauchen wir sowohl freien Welthandel als auch strategische Unabhängigkeit in
165 Schlüsselbereichen unserer Wirtschaft. Wir wollen gegenseitige
166 Handelsbeziehungen mit unseren Partnern auf der Welt, aber keine einseitigen
167 Abhängigkeiten. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass kritische Infrastrukturen
168 in die Hände strategischer Systemwettbewerber geraten und Schlüsselindustrien
169 in das Ausland abwandern. Wir müssen die politischen Rahmenbedingungen so
170 setzen, dass strategisch wichtige Branchen in Deutschland und Europa bleiben und
171 nicht abwandern. Dazu zählen unter anderem die Stahlproduktion und -
172 verarbeitung, die Rüstungsindustrie, die Chip- und Halbleiterindustrie, die Energie-
173 und Telekommunikationsinfrastruktur, Häfen und Luftfahrt wie auch
174 Logistikunternehmen, Arzneimittel- und Impfstoff-Herstellung, die Landwirtschaft
175 und Lebensmittelproduktion. Dort, wo diese Branchen abzuwandern drohen,
176 müssen wir diese Abwanderung stoppen. Und dort, wo diese Produktion nicht mehr
177 ausreichend bei uns stattfindet, müssen wir eine Reindustrialisierungspolitik für
178 Europa betreiben. Bei Rohstoffen, die nicht in Europa gewonnen werden können,
179 brauchen wir eine maximale Diversifikation. Dazu gehört auch, überbordende
180 Bürokratie und überdimensioniertes Berichtswesen auf europäischer Ebene wieder
181 auf Normalmaß zu reduzieren.

- 182 • **Innovationen fördern.** Deutschlands Wohlstand lebt von innovativen
183 Unternehmen und ihrer internationalen Technologieführerschaft in
184 Schlüsselbereichen. Dieses wertvolle Kapital wollen wir durch mehr Forschung und
185 Entwicklung sichern und ausbauen. Deshalb wollen wir die steuerliche
186 Forschungsförderung verdreifachen, die Bürokratie bei der Beantragung
187 reduzieren und die Bemessungsgrundlage der Forschungszulage auf 12 Millionen
188 Euro pro Unternehmen erhöhen – für Innovationskraft hoch drei. Gleichzeitig wollen
189 wir Wagniskapital mit steuerlichen Anreizen fördern und damit zu einer innovativen,
190 lebendigen Start-up-Kultur beitragen. Gerade an Hochschulen muss die
191 Gründerkultur stärker verankert werden, dazu wollen wir sicherstellen, dass
192 unternehmerisches Basiswissen in allen Studiengängen stärker verankert wird und
193 Ausgründungen über gut ausgestattete Gründungsstipendien attraktiver gestaltet
194 werden.
195
- 196 • **Taxonomie abschaffen.** Wir wollen die soziale Marktwirtschaft, keine politische
197 Lenkungswirtschaft. Marktwirtschaft braucht Freiheit und keine ideologischen
198 Vorgaben. Wir werden uns deshalb für eine Abschaffung der EU-Taxonomie
199 einsetzen und auch das deutsche Lieferkettengesetz wieder rückgängig machen.
200 Wir wollen den Kapitalmarkt von der Taxonomie befreien, um auch damit eine
201 zentrale Wachstumsbremse zu lösen.
202
- 203 • **Gastro-Steuer senken.** Olaf Scholz hatte angekündigt, die Mehrwertsteuer-
204 Ermäßigung für die Speisen in der Gastronomie beizubehalten. Dieses
205 Versprechen hat er gebrochen. Wir stehen an der Seite der Gastronomie und
206 wollen sie als Wirtschaftsfaktor und wichtigen Teil unseres gesellschaftlichen
207 Lebens erhalten und stärken. Deshalb werden wir die Steuererhöhung der Ampel
208 zurücknehmen und den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für
209 Speisen in der Gastronomie dauerhaft anwenden.
210
- 211 • **Landwirtschaft wertschätzen.** Die Ampel hat unsere Landwirte die Zeche für ihre
212 verfassungswidrige Haushaltspolitik zahlen lassen. Wir lehnen diese
213 Ungerechtigkeit gegenüber unseren Bauern ab und werden die von der Ampel
214 gestrichene Agrardieselrückvergütung wieder vollumfänglich einführen. Damit
215 stärken wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und sichern
216 eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und -versorgung für Deutschland und
217 Europa. Klar ist auch: Um den Tierbestand der Landwirte zu schützen, müssen
218 Wölfe gezielt bejagt werden können. Der Wolf ist nicht vom Aussterben bedroht,
219 die Weidetierhaltung aber schon. Daher passen wir den Schutzstatus des Wolfs an
220 und nehmen ihn in das Bundesjagdgesetz auf. Entsprechend konsequent wollen
221 wir bei anderen großen Beutegreifern handeln.

- 222 • **Deutsche Bahn neu aufstellen.** Die Bahn braucht einen Neustart. Dazu wollen
223 wir den Infrastrukturbereich vom Transportbereich trennen und die DB-
224 Holdingstruktur mit ihren 740 Beteiligungen und Tochtergesellschaften neu
225 strukturieren. Den gesamten Infrastrukturbereich wollen wir in eine neue
226 bundeseigene Schieneninfrastruktur GmbH des Bundes überführen und dabei die
227 Umsetzung der Vorgaben bei Aus-, Neu- und Umbau sicherstellen.
228
- 229 • **Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft erhalten.** Wir wollen Deutschland in die
230 Zukunft führen und dazu den Glasfaser- und Mobilfunkausbau überall im Land
231 weiter kraftvoll vorantreiben. Dazu werden wir die speziell dafür von uns
232 gegründete Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) erhalten und ihre wichtige
233 Arbeit zum Schließen „weißer Flecken“ insbesondere im ländlichen Raum
234 fortsetzen. Die von der Ampel geplante Auflösung der MIG lehnen wir entschieden
235 ab.
236
- 237 • **Schuldenbremse beibehalten.** Nachhaltiges Wachstum und nachhaltige
238 Finanzpolitik sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Wir
239 wenden uns deshalb entschieden gegen alle Versuche, die aktuelle Rezession zu
240 missbrauchen, um die Schuldenbremse verächtlich zu machen, sie abzuschaffen
241 und damit kommende Generationen die Zeche für ungebremste Ausgabeorgien
242 zahlen zu lassen. Wir stehen zur Schuldenbremse in unserem Grundgesetz und
243 wollen sie beibehalten.
244
- 245 • **Habecks Heizungsgesetz abschaffen.** Mit seinem Heizungsverbotsgesetz hat
246 Habeck Millionen Bürger verunsichert und in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit
247 bedroht, unser Land gespalten und dem Klimaschutz einen Bärendienst erwiesen.
248 Seine ideologische Verbotspolitik machte Ölheizungen zum Verkaufsschlager
249 (+14 Prozent im 1. Halbjahr 2024) und ließ die Ampel ihr selbstgestecktes
250 Ausbaziel von 500.000 Wärmepumpen um Lichtjahre verfehlen (90.000 Stück, -
251 54 Prozent im 1. Halbjahr 2024). Diesem grünen Ideologie-Irrsinn setzen wir ein
252 Ende und werden Habecks Heizungsgesetz wieder abschaffen.
253
- 254 • **Entlastungen bei der Erbschaftsteuer umsetzen.** Wohneigentum ist eine der
255 effizientesten Formen der Altersvorsorge und Vermögensbildung. Deshalb war es
256 ein grundfalsches Signal, dass die Bundesregierung die Erbschaftsteuer für
257 Eigenheime mit dem Jahressteuergesetz 2022 deutlich erhöht hat, ohne
258 gleichzeitig die Freibeträge zu erhöhen. Wir wollen die Freibeträge bei der
259 Erbschaftsteuer deutlich erhöhen, die Erbschaftsteuer regionalisieren und damit
260 dafür sorgen, dass die Gesetzgebungshoheit künftig dort liegt, wo auch die
261 Einnahmen aus der Erbschaftsteuer landen: bei den Ländern.

- 262 • **Energetische Sanierung bei der Erbschaftsteuer anrechnen.** Zukünftig muss
263 nach dem Erbfall gelten: Wer energetisch saniert, der profitiert. Wir wollen Kosten
264 für energetische Sanierungen in voller Höhe von der Erbschaftsteuer abzugsfähig
265 machen. So fördern wir die schnelle und effiziente energetische Sanierung des
266 Immobilienaltbestands.
- 267
- 268 • **Handwerkerbonus zum Energiebonus weiterentwickeln.** Wir wollen
269 energetische Sanierungen auch bei der Einkommensteuer besser berücksichtigen,
270 indem wir den Höchstbetrag für die ansetzbaren haushaltsnahen Dienstleistungen
271 von 6.000 auf 10.000 Euro erhöhen. Bei energetischen Sanierungen sollen
272 zukünftig nicht nur Arbeitskosten, sondern auch Materialkosten anrechenbar sein.
273 Die Anrechenbarkeit erhöhen wir von 20 auf 40 Prozent. Damit verbessern wir
274 erheblich die steuerliche Förderung von energetischen Kleinsanierungen.
- 275
- 276 • **Versorgungssicherheit gewährleisten.** Drei Jahre Ampel haben Deutschlands
277 Energieversorgung unsicherer, teurer und abhängiger vom Ausland gemacht. Die
278 Folgen sind hohe Preise und drohende Netzinstabilität für Unternehmen und
279 Bürger. Mit der Abschaltung der verbliebenen Kernkraftwerke hat die Ampel einen
280 historischen Fehler begangen und Deutschland vom Stromexport- zum
281 Stromimportland gemacht. Für uns hat Deutschlands Versorgungssicherheit
282 oberste Priorität. Dazu werden wir die mögliche Wiederaufnahme des Betriebs der
283 zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke prüfen. Darüber hinaus wollen wir eine
284 deutsch-französische Atom-Allianz gründen, die die weitere gemeinsame
285 Forschung vorantreibt und die Nutzung und den Bau von sicheren, sauberen
286 Kernkraftwerken der neuesten Generation strategisch vorbereitet und umsetzt.
- 287
- 288 • **Kernenergie technologisch weiterentwickeln.** Während die Ampel den
289 Kernkraftwerken in Deutschland aus purer Ideologie den Stecker gezogen hat, ist
290 die Kernenergie für den Rest der Welt der Wegbereiter in eine CO₂-freie Zukunft
291 und ein wichtiger Teil der Versorgungssicherheit. Wir werden unser Land aus dieser
292 Sackgasse führen und Deutschland wieder zum Innovationsland für neuartige
293 Energielösungen machen. Dazu wollen wir Konzepte wie Smart Modular Reactors
294 selbst entwickeln, bauen und nutzen und die Forschungsaktivitäten im Feld der
295 Kernfusion weiter stärken. Dazu streben wir auch den Bau eines eigenen
296 Forschungsreaktors in Deutschland an.
- 297
- 298 • **Gaskraftwerke überall in Deutschland fördern.** Um auch in Zeiten einer
299 Dunkelflaute mit wenig Strom aus erneuerbaren Energien die
300 Versorgungssicherheit der industriellen Zentren in Süddeutschland sicherzustellen,
301 muss der Bau neuer Gaskraftwerke, die mit Wasserstoff oder CCS klimaneutral
302 betrieben werden können, mit Hochdruck vorangetrieben und durch den Bund

303 gefördert werden. Bayern braucht bis 2030 rund sechs Gigawatt an neuer
304 Kraftwerksleistung. Hier ist der Bund gefordert, die strukturelle Benachteiligung
305 Bayerns durch die Ampel zu beenden und den Aufbau klimafreundlicher
306 Kraftwerkskapazitäten in Bayern mit voller Kraft zu fördern.

307

308 • **Wasserstoffwirtschaft aufbauen.** Wir werden dafür sorgen, dass erneuerbare
309 flüssige (z.B. E-Fuels) und gasförmige Energieträger (z.B. Wasserstoff, Biomethan)
310 fester Bestandteil der Energiewende werden. Beim Aufbau des
311 Wasserstoffkernnetzes müssen alle Regionen Deutschlands, insbesondere auch
312 der Süden, berücksichtigt werden. Neben der Anbindung vom Norden Bayerns ist
313 der Anschluss an internationale Importrouten, insbesondere an Leitungen aus dem
314 Süden Bayerns über Österreich, unverzichtbar. Den pauschalen Rückbau von
315 Gasnetzen lehnen wir ab. Wo immer möglich, müssen diese weiter genutzt werden
316 können.

317

318 • **Strompreise verlässlich senken.** Wir werden kurzfristig entschlossene
319 Maßnahmen ergreifen, um die Energiekosten spürbar zu senken. Die Einnahmen
320 aus der CO₂-Bepreisung müssen, wie versprochen, vollständig an Bürger sowie
321 Unternehmen zur Entlastung zurückgegeben werden. Wir wollen die Stromsteuer
322 dauerhaft und für alle auf das europäische Minimum senken und die Netzentgelte
323 mindestens halbieren.

324

325 • **Erneuerbare Energie sinnvoll und kosteneffizient ausbauen.** Mit seiner
326 einseitigen Fixierung auf Wind und Sonne hat Habeck die Energiewende unnötig
327 teuer und ineffizient gemacht und dabei Bayern strukturell benachteiligt. Für uns
328 gibt es keine erneuerbaren Energien erster und zweiter Klasse. Deshalb werden
329 wir alle erneuerbaren Energien technologieoffen fördern, die Verfahren
330 beschleunigen und den Ausbau der erneuerbaren Energien künftig im Einklang mit
331 dem Netzausbau sowie alternativer Nutzung, wie z.B. Speichern oder
332 Wasserstoffherzeugung, vorantreiben. Um einen Verlust der Biogas-
333 Bestandsanlagen zu verhindern, ist kurzfristig die Erhöhung des
334 Ausschreibungsvolumens notwendig. Der Bio- und Holzenergie wollen wir eine
335 echte Zukunftsperspektive geben und die weiterhin erheblichen Potenziale bei der
336 Wasserkraft heben. Die Geothermie kann einen großen Beitrag zur klimaneutralen
337 Wärmeversorgung der Zukunft leisten. Auf Ausgleichsflächen soll für den Bau von
338 Erneuerbaren zukünftig verzichtet werden.

339

340 • **Einheitliche Strompreise bewahren.** Anfang der Legislaturperiode hat der grüne
341 Präsident der Bundesnetzagentur gedroht, der Süden werde bald nicht mehr so
342 breitbeinig dastehen. Genau diese Politik haben die Grünen auch verfolgt und dem
343 industriellen Kern in Bayern den grundlastfähigen, bezahlbaren Strom entzogen.

344 Zusätzlich kokettieren sie mit unterschiedlichen Strompreiszonen in Deutschland.
345 Wir sagen klar: Es darf nicht sein, dass der Strom dort zusätzlich verteuert wird, wo
346 er von der Industrie am dringendsten gebraucht wird. Das vernichtet Arbeitsplätze
347 im Süden und Wertschöpfung und Wohlstand in ganz Deutschland. Deshalb wird
348 es unterschiedliche Strompreiszonen mit uns nicht geben.

ENTWURF

349 **UNSER SICHERHEITS-PLAN**
350 **FÜR EIN LAW-AND-ORDER-DEUTSCHLAND**

351

352 • **Zurückweisungen an unseren Grenzen vornehmen.** Die erste Maßnahme, die
353 von einem Bundesinnenminister nach der Wahl umgesetzt werden muss, ist die
354 Zurückweisung von Ausländern ohne ein Recht zur Einreise in unser Land. Wer
355 aus einem EU-Mitgliedstaat oder einem anderen sicheren Drittstaat einreist, ist
356 nicht mehr bedroht. Um die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung aufrecht
357 zu erhalten, haben wir das Recht, Zurückweisungen national vorzunehmen, und
358 diese Möglichkeit müssen wir auch wahrnehmen. Wir wollen damit einen faktischen
359 Einreisestopp von illegalen Migranten umsetzen. Dazu gehört auch, dass wir die
360 Polizei rechtlich und technisch in die Lage versetzen, bereits bei einem
361 Einreiseversuch mobile Endgeräte von einreisewilligen Personen an den Grenzen
362 auslesen zu können.

363

364 • **Drittstaatenregelung umsetzen.** Schutz durch Deutschland muss nicht heißen
365 Schutz in Deutschland. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die
366 Asylverfahren und die Gewährung von Schutz auch außerhalb von Deutschland
367 stattfinden können. Wir sind bereit, diese Drittstaatenregelung gemeinsam mit
368 unseren Partnern in der EU umzusetzen. Sollte das jedoch nicht möglich sein,
369 werden wir eine Drittstaatenregelung auch national umsetzen.

370

371 • **Überprüfung von Asylentscheidungen einschränken.** Wir werden die
372 langwierigen und teilweise missbräuchlich angestoßenen Gerichtsverfahren zur
373 Überprüfung von Asylentscheidungen auf das verfassungsrechtliche Minimum
374 einer Instanz beschränken. Außerdem werden wir die Möglichkeit zur
375 Inanspruchnahme von Prozesskostenhilfen einschränken und die verpflichtende
376 Beistellung eines Anwalts in Abschiebefällen wieder zurücknehmen.

377

378 • **Bleiberecht an auskömmliches Einkommen knüpfen.** Wer dauerhaft bei uns
379 leben möchte, muss auch dauerhaft Leistung erbringen und darf nicht dauerhaft
380 Leistungen in Anspruch nehmen. Wer eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland
381 erhalten möchte, darf seinen Lebensunterhalt nicht durch Sozialleistungen
382 bestreiten müssen. Die Sicherung des Lebensunterhalts muss durch eigene Arbeit
383 gewährleistet werden.

384

385 • **Subsidiären Schutz abschaffen.** Der subsidiäre Schutz ist ein Schutzstatus für
386 diejenigen, die weder einen Asylgrund nach unserem Grundgesetz noch einen
387 Flüchtlingschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben. Es ist nicht
388 vermittelbar, warum es einen solchen Schutzstatus braucht. In der Realität führt er

389 vielfach dazu, dass Menschen ohne wirkliches Schutzbedürfnis im Land bleiben.
390 Deshalb werden wir auf europäischer Ebene darauf hinwirken, zum ursprünglichen
391 Geist der Genfer Flüchtlingskonvention zurückzukehren.

392

393 • **Pull-Faktoren beseitigen.** Deutschland übt eine Magnetwirkung für illegale
394 Migranten aus. Das müssen wir abstellen und Pull-Faktoren umfassend beseitigen.
395 Dazu gehört, dass wir die Expresseinbürgerung der Ampel umgehend
396 rückabwickeln. Die Doppelstaatlichkeit wollen wir wieder zum Ausnahmefall
397 machen. Einbürgerung ist keine Bonus-Leistung für unauffälligen Aufenthalt,
398 sondern der Abschluss einer Integrationsleistung und ein Bekenntnis zu unseren
399 Werten und unseren Regeln. Den Familiennachzug zu subsidiär
400 Schutzberechtigten werden wir aussetzen. Sozialleistungen für Ausreisepflichtige
401 senken wir auf das verfassungsrechtlich absolut Notwendige ab. Hürden für die
402 Durchsetzung der Ausreisepflicht werden wir, etwa durch den verstärkten Einsatz
403 des Visa-Hebels, noch konsequenter beseitigen.

404

405 • **Bezahlkarten-Umgehung beenden.** Wir haben bundesweit eine Bezahlkarte
406 eingeführt, um Pull-Effekte zu reduzieren und Überweisungen von Flüchtlingen an
407 Schlepper und in das Ausland zu unterbinden. Wir werden es deshalb auch
408 entschieden unterbinden, dass sich jetzt eine linke Umgehungs-Industrie formiert
409 und dass Flüchtlinge mit der Bezahlkarte Gutscheine kaufen, um diese dann in
410 sogenannten Tauschbörsen, beispielsweise in Kreisgeschäftsstellen der Grünen,
411 gegen Bargeld einzutauschen, das in die Heimatländer überwiesen werden kann.
412 Wir wollen deshalb den Kauf von Gutscheinen mittels der Bezahlkarte technisch
413 unterbinden, das Betreiben von Umtauschbörsen mit dem Ziel, die Bezahlkarten
414 zu umgehen, unter Strafe stellen und ordnungsrechtlich die Möglichkeit schaffen,
415 Umtauschbörsen zu verbieten.

416

417 • **Unterstützung für Ukraine-Flüchtlinge neu ausrichten.** Neu ankommende
418 Flüchtlinge aus der Ukraine sollen künftig kein Bürgergeld mehr erhalten, sondern
419 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dabei ist engmaschig zu
420 überprüfen, inwiefern ein Aufenthalt in Deutschland dauerhaft besteht. Die
421 Vermögensverhältnisse der Antragsteller sind zu prüfen und in die
422 Auszahlungsvoraussetzungen einzubeziehen. Gleichzeitig müssen wir dafür
423 sorgen, dass sie möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden.

424

425 • **Polizeiliche Befugnisse ausweiten.** Deutschland wurde allein im vergangenen
426 Jahr von drei großen Anschlägen heimgesucht: Mannheim, Solingen und
427 Magdeburg. Solche Anschläge künftig zu verhindern, muss jetzt oberste Priorität
428 der Politik sein. Dazu gehört eine Offensive bei der öffentlichen Sicherheit. Unsere
429 Straßen und Plätze müssen spürbar und sichtbar sicherer werden, mit einem

430 Ausbau des Videoschutzes an öffentlichen Gefahrenorten und Systemen zur
431 automatischen Gesichtserkennung an Bahnhöfen, Flughäfen und anderen
432 Kriminalitätsschwerpunkten zur Identifizierung schwerer Straftäter. Die
433 Bundespolizei und das Bundeskriminalamt müssen darüber hinaus mit den
434 rechtlichen und technischen Möglichkeiten ausgestattet werden, um mit
435 Gesichtserkennungssoftware einen Abgleich mit öffentlich zugänglichen
436 Datenbanken durchführen zu können. Zudem wollen wir den Einsatz KI-gestützter
437 und verfahrensübergreifender polizeilicher Recherche- und Analyseplattformen
438 ermöglichen. BKA und Bundespolizei müssen ab sofort die Analyse-Software
439 „Bundes-VerA“ nutzen dürfen. Die Software wird bereits erfolgreich in Bayern
440 eingesetzt. Unsere Polizisten brauchen beste Ausstattung und Kompetenzen unter
441 Ausschöpfung des verfassungsrechtlich Möglichen, statt Generalverdacht und
442 Mini-Befugnissen. Deshalb schaffen wir den Polizeibeauftragten des Bundes
443 wieder ab und reformieren das Bundespolizeigesetz mit starken Befugnissen, aber
444 ohne Kennzeichnungs- und Kontrollquittungspflicht.

445

446 • **Gefährder und Straftäter ausweisen.** Künftig muss das Prinzip gelten: Wer
447 straffällig wird, fliegt. Wir müssen die bisherigen Regelungen zur Ausweisung
448 nachschärfen und sie praxisgerechter und härter machen. Wer ein Verbrechen
449 begeht oder vorsätzlich mehrfach straffällig wird, muss unser Land verlassen. Das
450 gleiche gilt für Gefährder oder für diejenigen, die die Begehung schwerer Straftaten
451 ankündigen oder billigen, die für die Errichtung einer nicht freiheitlichen und nicht
452 demokratischen Staatsform werben oder die Israelhass oder Antisemitismus
453 verbreiten. Wer nicht ausreist oder abgeschoben werden kann, der muss in
454 unbefristete Abschiebehäft genommen werden können. Daraus kann man jederzeit
455 in sein Heimatland ausreisen, aber nicht mehr in die Freiheit in Deutschland
456 zurückkehren.

457

458 • **IP-Adressen speichern.** Um schwerste Straftaten, wie beispielsweise
459 Terroranschläge und Kinderpornographie im Netz zu verhindern, brauchen wir die
460 Speicherung von IP-Adressen. Der EuGH lässt diese Möglichkeit ausdrücklich zu.
461 Nach jedem entsprechenden Ereignis suchen die Vollzugsbehörden nach
462 Verbindungen und dem Hinweis auf weitere Täter oder Gefährder. Die
463 Nachverfolgung anhand der Internetspuren muss in Deutschland deshalb möglich
464 werden. Dass Deutschland diese Möglichkeit bisher ungenutzt lässt, ist ein
465 schwerer Fehler, den wir beheben müssen.

466

467 • **Gegen Islamismus konsequent vorgehen.** Der politische Islam stellt eine
468 existenzielle Bedrohung für unseren Rechtsstaat dar. Forderungen nach einem
469 Kalifat sind auf deutschen Straßen nicht hinnehmbar, müssen unter Strafe gestellt
470 und konsequent verfolgt werden. Die Forderung nach einer Abschaffung der

471 freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder eine antisemitische Straftat
472 müssen bei der entsprechenden Person zu einer zwingenden Regelausweisung,
473 zum Versagen eines Aufenthaltstitels und bei Doppelstaatern zum Verlust der
474 deutschen Staatsangehörigkeit führen.

475

476 • **Israelhass und Antisemitismus härter bestrafen.** Das Existenzrecht Israels ist
477 deutsche Staatsräson. Deshalb verschärfen wir den Volksverhetzungs-Paragrafen
478 im Strafgesetzbuch so, dass das Leugnen dieses Existenzrechts künftig strafbar
479 ist. Außerdem führen wir einen besonders schweren Fall der Volksverhetzung ein,
480 der Täter umfasst, die antisemitisch handeln. Um zugewanderten Antisemitismus
481 zu unterbinden und zu bekämpfen, wollen wir das Aufenthalts- und Asylrecht so
482 ändern, dass eine antisemitische Straftat auch zu einem Verlust des Schutzstatus
483 in Deutschland und zur Abschiebung führt. Das Bekenntnis zum Existenzrecht
484 Israels wollen wir zu einer Einbürgerungsvoraussetzung machen.

485

486 • **Polizisten, Rettungskräfte und Angehörige der Gesundheitsberufe besser**
487 **schützen.** Die Gewalt gegen diejenigen, die uns schützen, retten und heilen, nimmt
488 immer weiter zu. Allein in Berlin wurden in der jüngsten Silvesternacht 30
489 Polizeibeamte verletzt. Dieser verabscheuungswürdigen Entwicklung müssen wir
490 Einhalt gebieten. Wir wollen daher die Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf
491 Polizisten, Rettungskräfte und Angehörige der Gesundheitsberufe auf sechs
492 Monate, für heimtückische Attacken auf ein Jahr Haft erhöhen und damit als
493 Verbrechen einstufen. Wenn der Täter eine Waffe oder ein anderes gefährliches
494 Werkzeug bei sich führt, soll eine Strafe bis zu zehn Jahren verhängt werden
495 können.

496

497 • **Bundeswehr besser finanzieren.** Der russische Angriff auf die Ukraine war eine
498 Zeitenwende. Die Ampel hat aus dieser Zeitenwende aber eine Zeitverschwendung
499 gemacht. SPD, Grüne und FDP haben den Verteidigungshaushalt in den
500 vergangenen drei Jahren trotz zunehmender Krisen und Kriege nicht strukturell
501 erhöht und das Sondervermögen, das für die großen Beschaffungsvorhaben
502 gedacht war, für den laufenden Betrieb der Bundeswehr zweckentfremdet. Wir
503 wollen durch eine schrittweise Erhöhung des Verteidigungshaushaltes unsere
504 Abschreckungsfähigkeit weiter erhöhen, bestehende Fähigkeitslücken schließen
505 und neue Fähigkeiten erschließen. Dazu gehören bewaffnete Drohnen in allen
506 Größenklassen und leistungsfähige Luftverteidigungssysteme. Deutschland
507 braucht eine Drohnenarmee. Diese erhält durch die Einbeziehung von KI und
508 eigenen weltraumgestützten Fähigkeiten ihre volle Durchsetzungsfähigkeit. Wir
509 arbeiten entschlossen für eine nachhaltige Finanzierung der Bundeswehr sowie die
510 dauerhafte Erreichung des NATO-Ziels von mindestens 2 Prozent des BIP.
511 Perspektivisch wollen wir 3 Prozent des BIP in unsere Verteidigungsfähigkeit
512 investieren.

- 513 • **Aufwachsende Wehrpflicht einführen.** Wir setzen auf eine aufwachsende
514 Wehrpflicht, um dem Personalbedarf zur Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit
515 gerecht zu werden. Aus dem Kreis der Gemusterten sollen diejenigen benötigten
516 Tauglichen kontingentiert und zum Grundwehrdienst einberufen werden, die ihre
517 Bereitschaft zum Wehrdienst signalisiert haben. Die Bundeswehr soll nur so viele
518 Einberufungen vornehmen, wie es die Streitkräfteplanung erfordert. Gleichzeitig
519 wollen wir die Freiwilligendienste und den Bundesfreiwilligendienst stärken. Wie
520 bereits vor Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 soll es wieder möglich sein,
521 seinen Dienst beispielsweise in einer „Blaulichtorganisation“ abzuleisten.
522
- 523 • **Rüstungsindustrie stärken.** Die Rüstungsindustrie stellt das Rückgrat unserer
524 Verteidigungsfähigkeit dar. Wir fordern daher den Ausbau internationaler,
525 insbesondere europäischer Rüstungskooperationen sowie die Verbesserung der
526 Rahmenbedingungen für die deutsche Rüstungswirtschaft und die Förderung von
527 Start-ups und Innovationen in der Wehrtechnik. Dazu wollen wir die Agentur für
528 Sprunginnovationen um den Bereich der Verteidigung erweitern und die Bereiche
529 Cyber, Space und KI als Zukunftstechnologien und Fähigkeitsträger weiter gezielt
530 ausbauen. Anstelle kurzfristiger Einzelaufträge muss die Beschaffung von
531 Wehrmaterial zukünftig langfristige Produktionskapazitäten auslasten,
532 Planungssicherheit schaffen und den kontinuierlichen Nachschub an Ausrüstung
533 garantieren. Damit sichern wir den langfristigen Erhalt von Schlüsseltechnologien
534 in Europa. Wir setzen uns dafür ein, Bayern als Spitzenstandort für die Entwicklung
535 und Produktion von Drohnen und Drohnentechnik zu etablieren.
536
- 537 • **Nationalen Sicherheitsrat einrichten.** Die deutsche Außenpolitik muss
538 pragmatischer, interessengeleiteter Realpolitik folgen, die sowohl deutsche und
539 europäische Werte als auch internationale Normen berücksichtigt. Eine Politik, die
540 nur ideellen Zielen folgt und nationale Interessen vernachlässigt, lehnen wir ab.
541 Deutschlands Rolle in der Welt muss auf einem strategischen Gesamtkonzept
542 basieren, in dem klare Ziele und Mittel zur Wahrung deutscher Interessen definiert
543 werden und aus dem sich eine kohärente Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-,
544 Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik aus einem Guss ableitet. Daher fordern wir die
545 Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates mit einem Nationalen
546 Sicherheitsberater im Kanzleramt, der die Umsetzung und Weiterentwicklung der
547 Nationalen Sicherheitsstrategie gewährleistet und die ressortübergreifende
548 Zusammenarbeit koordiniert.
549
- 550 • **Nachrichtendienste stärken.** Wir brauchen wachsame Augen und Ohren in
551 Deutschland und der Welt statt selbstverordneter Blindheit. Deutschlands
552 Sicherheit und Freiheit stehen im Fadenkreuz von Terroristen und politischen
553 Systemgegnern im In- und Ausland. Um uns vor diesen Gefahren zu schützen,
554 brauchen wir starke Nachrichtendienste, die die Politik frühzeitig, umfassend und

555 präzise aus eigenen Erkenntnissen informieren. Der Bundesnachrichtendienst, das
556 Bundesamt für Verfassungsschutz und der Militärische Abschirmdienst leisten
557 schon heute einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Sicherheit, sind aber durch
558 falsche und nicht mehr zeitgemäße Regelungen in ihrer Leistungsfähigkeit
559 beschnitten. Wir wollen unsere Nachrichtendienste rechtlich und technisch in ihren
560 Fähigkeiten stärken, etwa mit Kompetenzen zur Onlinedurchsuchung und Quellen-
561 TKÜ. Die völlig überbordenden und unsachgemäßen Kontrollinstanzen wollen wir
562 entrümpeln. Außerdem wollen wir die Stelle des Koordinators der
563 Nachrichtendienste im Kanzleramt wieder besetzen und zu einem Koordinator der
564 Bundessicherheitsbehörden weiterentwickeln. Nur so können unsere Dienste
565 effektiv zur wechselseitigen Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern
566 beitragen und nicht nur von deren Erkenntnissen profitieren.

567

568 • **Sicherheit Israels unterstützen.** Die Sicherheit Israels ist ein Kerninteresse
569 Deutschlands. Ein wesentliches Element davon ist die enge verteidigungspolitische
570 Kooperation zwischen Deutschland und Israel. Die Ampel-Regierung hat in den
571 vergangenen Monaten, in denen der jüdische Staat von mehreren Fronten brutal
572 angegriffen wurde, wiederholt Zweifel an der Unterstützung Israels aufkommen
573 lassen. Wir sind davon überzeugt: Das Bekenntnis zur Staatsräson darf niemals zu
574 einem Lippenbekenntnis verkommen, sondern muss gelebte Regierungspraxis
575 sein. Dazu zählt: Wenn Israel bei der Verteidigung gegen Terrororganisationen wie
576 Hamas und Hisbollah Verteidigungstechnik und Munition aus Deutschland braucht,
577 wollen wir diese liefern und nicht blockieren.

578

579 • **Rückkehr-Roadmap für Syrer erarbeiten.** Das Ende des schrecklichen Assad-
580 Regimes ist eine Erlösung für Syrien und eine Chance für Europa und den Nahen
581 Osten. Denn Frieden und Stabilität in Syrien sind für die Sicherheit Europas vor
582 Terrorismus und für den Rückgang der Migration essenziell. Deshalb muss sich
583 Deutschland jetzt zügig bei der Gestaltung einer stabilen Nachkriegsordnung in
584 Syrien engagieren, den politischen Prozess in Damaskus eng begleiten und dafür
585 den gesamten Instrumentenkasten der Diplomatie nutzen. Klar ist. Wenn
586 Fluchtursachen wegfallen, muss auch Rückkehr möglich sein. Deutschland muss
587 jetzt eine Rückkehr-Roadmap aufstellen nach folgenden Grundsätzen:

- 588 1) Straftäter sofort abschieben;
589 2) Freiwillige Rückkehr unterstützen und für Rückkehrverweigerer notwendige
590 Abschiebemaßnahmen vorbereiten;
591 3) Für Menschen, die in Deutschland einer auskömmlichen Arbeit nachkommen,
592 kann eine Bleibeperspektive gefunden werden.

593 Wir wollen außerdem als Teil dieser Rückkehr-Roadmap die Entwicklungsgelder
594 an Syrien, mögliche Wiederaufbauhilfe und die Aufhebung der Sanktionen an die
595 klare Bedingung knüpfen, dass die neue Führung in Damaskus geflüchtete Syrer

596 umgehend in ihr Heimatland zurücknimmt. Humanitäre Hilfe bleibt davon
597 unberührt.

598

599 • **Ukraine unterstützen.** Wir stehen weiterhin fest an der Seite der Ukraine in ihrem
600 Kampf gegen den russischen Aggressor. Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass die
601 Ukraine in freier Selbstbestimmung ihre Zukunft entscheiden kann und in die Lage
602 versetzt wird, in möglichen Verhandlungen aus einer Position der Stärke auf
603 Augenhöhe mit Russland zu agieren, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen.
604 Deshalb müssen wir das Land weiterhin politisch, finanziell und militärisch
605 unterstützen. Dies liegt auch in unserem eigenen Sicherheitsinteresse, denn ein
606 Triumph Russlands über die Ukraine würde Putin zu weiteren Aggressionen
607 ermutigen, die Sicherheitslage in Europa dramatisch verschärfen und die Zahl der
608 Flüchtlinge in Europa deutlich erhöhen.

609

610 • **Transatlantische Partnerschaft stärken.** Mit der Rückkehr von Präsident Donald
611 Trump ins Weiße Haus werden sich die USA und ihre Sicht auf die Welt
612 entschieden verändern. Wir wollen unverändert enger und vertrauensvoller
613 Verbündeter der USA bleiben und die transatlantische Partnerschaft weiter stärken.
614 Dazu werden wir den ideologischen und behrenden Ton der links-grünen
615 Außenpolitik beenden. Wir werden unsere eigenen Bündnisverpflichtungen im
616 Rahmen der NATO-Vereinbarungen erfüllen. Im gleichen Maße werden wir im
617 Austausch mit der neuen US-Regierung unsere Interessen klar definieren, die
618 Entscheidungsfähigkeit in der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken und
619 im beidseitigen Interesse der USA und Deutschlands insbesondere in Fragen der
620 Handels- und Sicherheitspolitik weiter eng kooperieren.

621 **UNSER SOLIDARITÄTS-PLAN**
622 **FÜR FAIRNESS, FREIHEIT UND ZUSAMMENHALT**
623 **IN UNSERER GESELLSCHAFT**

624

625 • **Kindergeld und Kinderfreibetrag anheben.** Wir wollen Familien entlasten und
626 den Kinderfreibetrag in Richtung des Grundfreibetrags der Eltern anheben.
627 Entsprechend heben wir auch das Kindergeld an. Das Kindergeld soll künftig nach
628 der Geburt automatisch ausgezahlt werden. Gleichzeitig wollen wir, dass das
629 Kindergeld für im EU-Ausland lebende Kinder an die Unterhaltskosten des
630 jeweiligen Landes angepasst werden kann.

631

632 • **Ehegattensplitting erhalten.** Die ständigen Attacken linker und links-grüner
633 Parteien auf das Ehegattensplitting sind Attacken auf die finanzielle
634 Leistungsfähigkeit von Millionen Familien. Wir sagen klar: Mit uns wird es keine
635 Abschaffung des Ehegattensplittings geben, das Ehegattensplitting bleibt erhalten.

636

637 • **Entlastungsturbo für Familien starten.** Wir wollen Familien und Alleinerziehende
638 stärker entlasten. Daher wollen wir den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf
639 5.000 Euro erhöhen. Auch wollen wir die Kinderbetreuungskosten bis zu einer
640 Höhe von 6.000 Euro vollständig absetzbar machen.

641

642 • **Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.** Die gesetzliche
643 Höchst Arbeitszeit pro Tag wollen wir im Sinne einer Flexi-Woche zu einer
644 Höchst Arbeitszeit pro Woche weiterentwickeln. Dies ermöglicht es Arbeitgebern
645 und Arbeitnehmern, individuelle und passgenaue Modelle zu finden und Familien-
646 und Berufsleben besser zu organisieren.

647

648 • **Traum vom Eigenheim und bezahlbares Wohnen ermöglichen.** Der Traum vom
649 Eigenheim ist für viele Familien in den letzten Jahren in weite Ferne gerückt. Wir
650 wollen, dass sich das wieder ändert und der Staat neben den gestiegenen Kosten
651 für Baumaterial und Handwerker nicht zum zusätzlichen Kostentreiber wird.
652 Deshalb wollen wir Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro
653 Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind für den erstmaligen Kauf einer
654 selbstgenutzten Immobilie einführen und so insbesondere für junge Familien den
655 Traum vom Eigenheim ermöglichen. Darüber hinaus stehen wir für einen
656 wirksamen und angemessenen Mieterschutz. Der soziale Wohnungsbau muss
657 solide gefördert werden.

- 658 • **Gesetzliche Rente verlässlich gestalten.** Bei der Rente braucht es
659 Verlässlichkeit. Wir halten deshalb an der bestehenden Regelung zum
660 Renteneintrittsalter sowie an der Regelung für besonders langjährig Versicherte mit
661 45 Beitragsjahren fest. Es wird mit uns keine Rentenkürzungen geben. Unser Ziel
662 bleibt ein durch wirtschaftliches Wachstum garantiertes stabiles Rentenniveau,
663 stabile Beiträge und weiterhin steigende Renten.
664
- 665 • **Vierte Renten-Säule einführen.** Unser Ziel ist eine gute Rente für alle. Deshalb
666 wollen wir eine Frühstart-Rente einführen und für jedes Kind vom 6. bis zum 18.
667 Lebensjahr pro Monat 10 Euro in ein individuelles, kapitalgedecktes und
668 privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot einzahlen. Der in dieser Zeit
669 angesparte Betrag kann durch private Einzahlungen ab dem 18. Lebensjahr bis
670 zum Renteneintritt weiter bespart werden. Die Erträge aus dem Depot sollen bis
671 zum Renteneintritt steuerfrei sein. Das Sparkapital ist vor staatlichem Zugriff
672 geschützt und wird erst mit Erreichen der Regelaltersgrenze ausgezahlt. Den
673 Fehler der Riester-Rente, bei der die Kapitalerträge durch hohe Verwaltungskosten
674 der Produkte massiv gemindert werden, werden wir an dieser Stelle nicht machen.
675
- 676 • **Mütterrente ausweiten.** Erziehungsleistungen sind eine Lebensleistung, die in der
677 Rente anerkannt werden muss. Wir haben deshalb die Mütterrente I und II
678 durchgesetzt und für eine stärkere Angleichung der Mütter von vor und nach 1992
679 geborenen Kindern gesorgt. Die Gerechtigkeitsfrage der Gleichbehandlung aller
680 Mütter in der Rente ist aber erst gelöst, wenn auch für vor 1992 geborene Kinder
681 volle drei Erziehungsjahre in der Rente anerkannt werden. Deshalb wollen wir die
682 Mütterrente III mit einer vollständigen Gleichstellung durch drei Rentenpunkte für
683 alle Mütter durchsetzen – unabhängig vom Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder.
684
- 685 • **Ehrenamt stärken.** Die Ehrenamtlichen in unseren Vereinen, Organisationen und
686 Kirchen sind der Kitt für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie halten
687 unsere Gesellschaft stark, stabil und lebenswert. Deshalb wollen wir sie
688 unterstützen und das Ehrenamt attraktiver machen. Dazu wollen wir Ehrenamtliche
689 von Bürokratie, Datenschutz und Haftungsfragen entlasten und sie finanziell
690 stärken, indem wir die Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale spürbar
691 erhöhen.
692
- 693 • **Internationale Sportwettbewerbe ausrichten.** Bayern und Deutschland haben
694 sich, zuletzt bei der Austragung der Fußball-Europameisterschaft, der Special
695 Olympics und der Invictus Games, als hervorragende, weltoffene Gastgeber
696 präsentiert. Daher werden wir auch in Zukunft bayerische und deutsche
697 Bewerbungen für die Austragung internationaler Sportwettbewerbe unterstützen
698 und insbesondere eine Bewerbung um die Austragung der Olympischen Spiele und

699 der Paralympics in Deutschland unterstützen. Dabei ist uns besonders wichtig,
700 dass diese eine nachhaltige und ökologische Wirkung entfaltet und eine
701 angemessene Bürgerbeteiligung umfasst.

702

703 • **Medikamenten-Versorgung sicherstellen.** Deutschland war einmal die Apotheke
704 der Welt, heute haben wir regelmäßig Medikamenten-Engpässe. Immer wieder
705 fehlen wichtige Medikamente, wie Antibiotika sowie fiebersenkende und
706 schmerzlindernde Medikamente. Wir brauchen mehr Unabhängigkeit von
707 instabilen Lieferketten und Produzenten in aller Welt und müssen resilienter
708 werden. Wir fordern deshalb, wichtige Medikamente insbesondere für Kinder
709 wieder verstärkt in Europa zu produzieren und eine staatliche Notfallreserve für die
710 wichtigsten Medikamente aufzubauen.

711

712 • **Pflege zukunftssicher aufstellen.** Unser Pflegesystem steht angesichts unserer
713 demografischen Entwicklung und einem anhaltendem Fachkräftemangel vor
714 großen Herausforderungen in der Zukunft. Acht von zehn Pflegebedürftigen
715 werden zu Hause versorgt. Darum möchten wir die ambulante Versorgung stärken.
716 Darüber hinaus wollen wir Pflegekräfte fördern und die Versorgung zukunftsfähig
717 machen. Wir stehen zum bestehenden Modell der sozialen Pflegeversicherung und
718 wollen dies weiterentwickeln mit einem Finanzierungsmix aus gesetzlicher
719 Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung und eigenverantwortlicher
720 Vorsorge. Außerdem streben wir eine Strukturreform für die Langzeitpflege mit
721 sektorenübergreifender Infrastruktur an, die häusliche Pflegearrangements stützt,
722 um pflegende Angehörige zu unterstützen und zu entlasten. Wir wollen auch die
723 Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte verbessern und im Qualifikationsmix
724 kompetenzorientiert einsetzen.

725

726 • **Cannabis-Kriminalität bekämpfen.** Die Cannabislegalisierung ist ein
727 Konjunkturprogramm für Kriminelle und gefährdet nachweislich die Gesundheit
728 unserer Kinder und Heranwachsenden. Deshalb werden wir die
729 Cannabislegalisierung zum Schutz unserer Gesellschaft wieder abschaffen.

730

731 • **Jugendschutz verbessern.** Das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel erlaubt bei
732 Kindern und Jugendlichen, ihren Geschlechtseintrag und Vornamen auch ohne
733 Gutachten oder Beratung und gerichtliche Entscheidung zu ändern. Das lehnen wir
734 entschieden ab. Wir werden den Jugendschutz wiederherstellen und das
735 Selbstbestimmungsgesetz wieder abschaffen. Es muss gewährleistet bleiben,
736 dass Frauen und Mädchen in ihren eigenen Räumen (z. B. Umkleiden oder
737 Frauenhäusern) unter sich sein können, wie es bisher der Fall war, und sich dabei
738 sicher fühlen. Operative Eingriffe vor der Volljährigkeit lehnen wir grundsätzlich ab.

739

- 740 • **Paragraf 218 StGB beibehalten.** Die aktuell geltende Rechtslage zum
741 Schwangerschaftsabbruch bildet einen bewährten gesellschaftlichen Kompromiss
742 ab, der das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen
743 Kindes berücksichtigt. Dass Teile des Deutschen Bundestages diesen
744 Kompromiss nach dem Ampel-Aus und während einer Phase ohne
745 parlamentarische Regierungsmehrheit einseitig aufkündigen und § 218 StGB
746 abschaffen wollen, führt zu einer weiteren Polarisierung unserer Gesellschaft. Das
747 lehnen wir entschieden ab. Wir wollen § 218 StGB in der aktuellen Fassung
748 beibehalten.
- 749
- 750 • **Leitkultur leben.** Unser gesellschaftliches Zusammenleben braucht Regeln und
751 eine Ordnung. Integration funktioniert nur, wenn wir klar definieren, in welches
752 Wertegerüst die zu uns Kommenden intergiert werden sollen. Integration in
753 Deutschland bedeutet Integration in das deutsche Regel- und Wertesystem, in die
754 deutsche Gesellschaft und nicht in Parallelgesellschaften. Wir verlangen ein
755 eindeutiges Bekenntnis zu Freiheit, Gleichberechtigung, Demokratie und
756 Rechtsstaat, zur deutschen Sprache und Kultur sowie zu den Lehren aus unserer
757 Geschichte, kurz: zur deutschen Leitkultur.
- 758
- 759 • **Expresseinbürgerung abschaffen.** Der Erwerb der deutschen
760 Staatsangehörigkeit darf erst am Ende und nicht schon zu Beginn eines
761 erfolgreichen Integrationsprozesses erfolgen. Wir werden deshalb die von der
762 Ampel eingeführte Expresseinbürgerung wieder rückgängig machen. Auch die
763 generelle Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft steht im Widerspruch zu
764 einer erfolgreichen Integration in unsere Gesellschaft und gehört abgeschafft.
- 765
- 766 • **Keine Gendersprache nutzen.** Unsere deutsche Sprache steht für Klarheit und
767 Präzision. Sie ist einer der Grundpfeiler, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut.
768 Der Staat muss sich als neutraler Rahmen für den gesellschaftlichen
769 Zusammenhalt an die Regeln der deutschen Sprache halten und darf nicht
770 ideologische Vorgaben machen. Wir lehnen behördliche Gendersprache ab und
771 werden sie unterbinden. Wir stellen sicher, dass in Bundesbehörden
772 Gendersprache nicht verwendet wird.
- 773
- 774 • **Ampel-Wahlrecht rückgängig machen.** Das Ampel-Wahlrecht missachtet den
775 Wählerwillen. Die Ampel hat ein Wahlrecht verabschiedet, mit dem Abgeordnete,
776 die in ihrem Wahlkreis direkt gewählt worden sind, nicht automatisch in den
777 Bundestag einziehen. Das schwächt die Präsenz unserer parlamentarischen
778 Demokratie in der Fläche und senkt die Akzeptanz von Wahlergebnissen. Deshalb
779 werden wir dieses Wahlrecht wieder rückgängig machen. Dabei werden wir an der
780 Reduzierung der Größe des Bundestages festhalten. Darüber hinaus werden wir

781 die Arbeit des Deutschen Bundestages stärken und dafür beispielsweise das
782 Format der Enquete-Kommissionen modernisieren.

783

784 • **Länderfinanzausgleich reformieren.** Der Länderfinanzausgleich hat
785 erschreckende Ausmaße angenommen. 2023 hatte der Länderfinanzausgleich ein
786 Volumen von 18,3 Milliarden Euro, auf Bayern entfielen davon 9,1 Milliarden Euro.
787 Bayern trägt also die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs. Die Ausgaben
788 für den Länderfinanzausgleich machen mittlerweile 13 Prozent des bayerischen
789 Staatshaushaltes aus. Ein solches System kann nicht funktionieren und wirkt
790 dauerhaft als Triggerpunkt in unserer Gesellschaft. Wir brauchen eine Reform des
791 Länderfinanzausgleichs, die sicherstellt, dass die Lasten Bayerns reduziert
792 werden.

ENTWURF

793 **FÜR EINE NEUE KULTUR DES REGIERENS:**
794 **DYNAMISCHE KOALITIONSARBEIT**
795 **STATT STARRES KOALITIONSKORSETT**

796

797 Wir wollen einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland organisieren: Das
798 beinhaltet einen inhaltlichen Politikwechsel, aber auch einen organisatorischen. Die
799 Ampel ist nicht nur an inhaltlichen Differenzen gescheitert, sondern auch an einer
800 miserablen Organisation und Prozesssteuerung. Wir wollen das ändern und die
801 Koalitionsarbeit in der kommenden Wahlperiode grundlegend neu aufstellen. Wir
802 wollen eine Regierung mit Funktionsgarantie statt einer Ampel mit Funktionsstörung.

803

804 1961 hatte der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP neun Seiten. 60 Jahre später,
805 2021, war der Koalitionsvertrag der Ampel 144 Seiten lang. Koalitionsverhandlungen
806 wurden im Verlauf der letzten Jahrzehnte immer stärker zu vorgezogenen
807 Gesetzesberatungen. Es wurde versucht, Aushandlungsprozesse, die eigentlich Kern
808 der Regierungs- und Parlamentsarbeit sein sollten, vorwegzunehmen. Die restliche
809 Legislaturperiode wurde damit in weiten Teilen zu einem schlichten Abarbeiten des
810 bereits Vereinbarten. Der Parlamentarismus wurde dadurch geschwächt. Gleichzeitig
811 waren die detaillierten Koalitionsverträge zu starr, um während der Legislaturperiode
812 noch dynamisch auf gesellschaftliche, wirtschaftliche oder sicherheitspolitische
813 Veränderungen reagieren zu können. Bestes Beispiel dafür: die Zeitenwende. Olaf
814 Scholz hat nach dem russischen Angriff auf die Ukraine richtigerweise eine
815 Zeitenwende angekündigt, aber er hat bei der Umsetzung versagt, weil er sich nicht
816 aus dem selbstgestrickten Koalitionskorsett seiner Ampel befreien konnte.

817

818 Wir wollen diese Entwicklung umkehren und die Statik des starren Koalitionskorsetts
819 durch die Flexibilität eines dynamischen Koalitionsvertrages ersetzen. Wir wollen die
820 Koalitionsarbeit so aufstellen, dass ein permanentes Anpassen an neue Bedingungen
821 möglich wird, dass schnelle Problemlösung im Vordergrund steht und nicht ewiger
822 Dauerstreit, dass Konflikte gelöst werden, bevor sie zu Krisen werden.

823

824 • **Koalitionsvertrag dynamisieren.** Wir wollen einen Koalitionsvertrag, der den
825 Geist des Politikwechsels atmet. Dazu gehört, dass wir uns am Anfang der
826 Wahlperiode mit unseren Partnern auf gemeinsame Ziele verständigen, die wir in
827 dieser Wahlperiode erreichen wollen. Gleichzeitig werden wir im Koalitionsvertrag
828 ein Sofortprogramm vereinbaren, das die zentralen Maßnahmen für den
829 Politikwechsel beinhaltet und noch im ersten halben Jahr nach Regierungsstart
830 abgearbeitet sein soll. Wenn das Sofortprogramm umgesetzt ist, werden wir uns in
831 der Koalition auf weitere Aufgaben und Prioritäten verständigen. Basis dafür sind
832 die zu Anfang der Legislaturperiode vereinbarten gemeinsamen Ziele der
833 Koalitionspartner.

- 834 • **Koalitionsausschuss als zentrales Steuerungsorgan etablieren.** Aus dem
835 Koalitionsausschuss wollen wir die Schaltzentrale der Koalitionsarbeit machen. Der
836 Koalitionsausschuss muss ein Entscheidungsgremium sein, das regelmäßig tagt,
837 anstatt ein Krisenausschuss, der erst zusammentritt, wenn die Fronten schon
838 verhärtet sind. Der Koalitionsausschuss soll künftig über ein eigenes Büro
839 verfügen, das die Beschlusspapiere koordiniert und vorbereitet. Dieses Büro
840 werden wir im Bundeskanzleramt ansiedeln.
- 841
- 842 • **Vertrauenspartnerschaft etablieren.** Wir wollen eine Koalition, die eine
843 Vertrauenspartnerschaft bildet. Vertrauenspartnerschaften brauchen auch
844 Entscheidungsfähigkeit. Ziel ist es deshalb, im Koalitionsausschuss Streitigkeiten
845 schnell und effizient zu lösen. Das Sofortprogramm für das erste halbe Jahr der
846 Koalitionsarbeit werden wir für jede vereinbarte Maßnahme mit konkreten
847 Zeitplänen versehen. Wenn diese Zeitpläne nicht eingehalten werden, wird das
848 entsprechende Vorhaben automatisch an den Koalitionsausschuss verwiesen, der
849 offene Fragen klärt, den Prozess am Laufen hält, Blockaden auflöst oder
850 Ergebnisvereinbarungen erzielt.
- 851
- 852 • **Handschlagmentalität zur Koalitionsvoraussetzung machen.** Das
853 beschriebene Vorgehen setzt voraus, dass die Mitglieder des
854 Koalitionsausschusses über die Fähigkeit verfügen, in Verhandlungen
855 Kompromisse einzugehen und dann in ihrer Fraktion bzw. Partei zu vertreten und
856 durchzusetzen. Wenn Parteien in falsch verstandener Basisdemokratie zur
857 Entscheidungsfindung ständig Parteigremien befassen müssen und zu konkreten
858 Zusagen nicht fähig sind, belasten sie eine verlässliche Vertrauenspartnerschaft.
859 Es braucht wieder mehr Handschlagmentalität statt wachsender
860 Funktionärsmentalität.